

23.11.1919

Die erste Sitzung des neuen Wiener Gemeinderates.

Der neue Wiener Gemeinderat mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit hat sich heute konstituiert. Die neuen Herren von Wien haben ein bequemes Mittelentdeckt, um sich einem Vergleich mit den stolzen Erwerbenden der christlichsozialen Wiener Gemeindeverwaltung zu erziehen und zugleich vor ihren eigenen großartigen Versprechungen von vornherein davonzulaufen: sie schieben alle Schuld an den furchtbaren Folgen des Zusammenbruches ihren Vorgängern in die Schuhe und die betrogenen Gläubigen, die auf ihre schönen Worte und auf die demagogischen Nichtigkeiten der einstigen Opposition vertrauten und das Nachsehen der neuen Bürgermeister Jakob Neumann, der heute den Sitz Dr. Luegers einnahm, hat nicht als Wiener gesprochen, als er von den „Versäumnissen“ christlichsozialer Verwaltung sprach; denn von deren Erfolgen sprechen in Wien die Steine. Er hat sich auf den Standpunkt einseitigster Parteipolitik gestellt,

indem er den Vorgängern die Anerkennung ihrer Leistungen verweigerte. **Dr. Kunschak**, der neue Obmann des Klubs der christlichsozialen Gemeinderäte, hat ihm diese Leistungen der Christlichsozialen in Wien in erdrückender Fülle ins Gedächtnis gebracht und die Versäumnisse des sozialdemokratischen Bürgermeisters damit nachgeholt; nobler als die sozialdemokratischen Stadteroberer hat er erklärt, daß die Christlichsozialen auch in der Minderheit nicht Opposition spielen, nicht Fraktionspolitik betreiben, nicht wie einst die Sozialdemokraten **Arbeitspartei** werden, sondern als eine **Arbeitende** wollen zum Wohle der Stadt, das dem christlichen Volke Wiens höher steht, als Partei- und Mandatspolitik. Es ist eine tiefe Beschämung für die Sieger vom 4. Mai, sich das von der Minderheit sagen lassen zu müssen.

Der Sitzungssaal bietet ein vollkommen geändertes Bild. Das Kräfteverhältnis der Parteien hat sich verschoben und danach auch die Anordnung der Sitzplätze. Die 50 Christlichsozialen haben den größten Teil des rechten Sektors, ihren alten Stammsitz, besetzt, die sechs christlichsozialen Gemeinderätinnen haben ihre Plätze in den ersten zwei Bankreihen rechts außen. Die letzte Bankreihe am äußersten rechten Flügel gehört den drei Deutschen. Gegen die Mitte zu sitzt verwaist der letzte Mohikaner der Liberalen, **Dr. Schwarz-Siller**, hinter ihm in der nächsten Bank haben sich die drei Zionisten niedergelassen. Die dritte und vorletzte Bank dieses Teiles besetzen die tschechen, die je einen Sozialdemokraten als Nachbar haben. Hinter den ersteren sitzen die christlichsozialen Gemeinderäte **Haider** und **Untermüller**. Den ganzen übrigen Teil nehmen die Sozialdemokraten ein, deren 16 übrige Vertreter bis auf zwei in der ersten Bankreihe rechts unter die männlichen Kollegen verteilt sind.

Ebenso fremd wie der Sitzungssaal unten, erscheint heute auch die Galerie. Mit den Sozialdemokraten im Sitzungssaale hat sich zunächst ein ansehnlicher Schwarm Juden auf der Galerie eingefunden, die mit roten Nelken und Operngütern versehen, den vorderen Teil bevölkern. Sie scheinen sich recht bei der sozialdemokratischen Herrschaft im Rathause heimisch zu fühlen und werden voraussichtlich bald zu dessen ständigen Besuchern und Kontrahenten zählen; man kann dies schon aus ihrem heutigen Gebahren voraussehen, denn sie sind in Erhoffung der künftigen Belohnung bereits die eifrigste Clique für die Sozialdemokraten. Ein anderer Teil von ihnen fand es gar nicht der Mühe wert, den Hut vom Kopfe zu geben; sie sehen bereits die Rathausstube für das Café „National“ an. Ein anderer Teil von Galeriebesuchern mußte vom Vizebürgermeister **Hof**, da sie wiederholt sich in die Verbindung einmengen, grüßt werden, worauf sie unter großem Lärm gegen diese Störung ihres Vergnügens revoltierten; es bedurfte erst der Winke von den Genossen unten, bis es den Zuhörern gefällig war, Ruhe zu geben.

Während die Galerien bereits lange dicht besetzt waren — auch die Journalistengalerie war von Fremden überfüllt — belebte sich der Saal erst unmittelbar vor Beginn der Sitzung. Die Sozialdemokraten waren die ersten, die mit roten Nelken geschmückt, in geschlossenen Reihen den Saal betraten. Nach ihnen erschienen die Christlichsozialen mit weißen Nelken in den Knopflöchern. Auch die übrigen Parteienvertreter trugen ihre Abzeichen.

Die Tschechen setzten ihre Demonstrationen bei der Angelobung wie im Landtage, so auch heute im Gemeinderate fort. Als die Reihe bei der Angelobung an den ersten Tschechen kam, leistete dieser das Gelöbnis doppeldeutsch. Während des heftigen Widerspruchs seitens der Christlichsozialen und Deutschen machte der Vorsitzende ihn aufmerksam, daß er das Gelöbnis in deutscher Sprache ablegen müsse, sonst werde er des Mandates verlustig erklärt. Diese Erklärung wird mit stürmischem Beifall beachtet und auf der Galerie aufgenommen. Der Tscheche beharrt jedoch auf seinem Standpunkt, bis schließlich **H. Neumann** nachgibt, aber erklärt, daß das tschechische Gelöbnis dem Protokoll nicht einverleibt werde. Bei der Angelobung der übrigen Tschechen wiederholt sich das Gleiche, der sozialdemokratische Vorsitzende begnügt sich nachgiebigkeit des Vorsitzenden gegenüber den Tschechen hatte später zur Folge, daß ein tschechischer Vertreter nach Verlautbarung seiner Forderungen: tschechische Beamte in der Gemeinde, tschechische Volks- und Mittelschulen in Wien uvm., sich so weit verließ, seine Rede in tschechischer Sprache zu beenden. Die Christlichsozialen protestierten dagegen, indem sie korporativ den Saal verließen, sie werden übrigens morgen wegen der Art und Weise, wie die Tschechen die Angelobung geleistet haben, in der Gemeinderatsitzung eine Anfrage an den Bürgermeister einbringen.

Die Tagesordnung der Sitzung, die Wahl des Bürgermeisters, der Vizebürgermeisters, der Schriftführer, des Stadtrates und des Ausschusses ging glatt von statten.

Nachstehend der Bericht:
Dr. Neumann hält zu Beginn der Sitzung dem verstorbenen **Dr. Huschauer** einen Nachruf und begrüßt dann als geschäftsführender Vizebürgermeister die Versammelten, besonders die Frauen.

Die Angelobung
 des Gemeinderates. Als **Dr. Fiala** als erster tschechischer Gemeinderat aufgerufen wird, sagt er: „Slibuji!“ Daraufhin erhebt sich ein Sturm der Entrüstung bei den Christlichsozialen und Deutschen. Man hört in dem großen Saal unter anderem die Ausrufe: „Sinaus mit Euch! Wir reden hier deutsch! Das ist eine Provokation! Das lassen wir uns nicht gefallen! Das ist eine Schmach von Vertretern einer deutschen Stadt!“
Dr. Neumann: Die Verhandlungssprache ist die deutsche. Wenn das Gelöbnis in der deutschen Sprache nicht abgelegt ist, verliert der betreffende Gemeinderat das Mandat. (Demonstrativer Beifall bei den Christlichsozialen, Deutschen und bei einem Teil der Galerie.) Ich fordere nunmehr den Herrn Gemeinderat auf, das Gelöbnis in der Verhandlungssprache abzugeben.
Dr. Fiala: „Slibuji, ich gelobe!“
 Neuerliche stürmische Zwischenrufe auf der Rechten: „Das gibt's nicht! Ein Standes so etwas! Sinaus mit Ihnen!“

Dr. Neumann: Das Gelöbnis ist in deutscher Sprache abgelegt worden. Die tschechischen Worte vorher werden im Protokoll keine Aufnahme finden.

Bei jedem nachfolgenden Tschechen wiederholt sich das doppeldeutsche Gelöbnis. Nach Beendigung desselben legt der Nationaldemokrat **Dr. Feldmann**, Verwahrung gegen die Art der Gelöbnisleistung seitens der Tschechen ein. Dem deutsch-nationalen **Dr. Grünner**, der ebenfalls eine Erklärung abgeben will, entzieht **Dr. Neumann** das Wort.

Dr. Grünner: Das ist eine Vergeßlichkeit gleich am ersten Tage!

Die Wahl des Bürgermeisters und dessen Programmrede.

Bei der hierauf folgenden Wahl wird Vizebürgermeister **Neumann** mit 110 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. (Beifall bei den Sozialdemokraten, bei den Tschechen und auf der Galerie.)

H. Neumann erklärt in seiner Programmrede, daß er stets ein unparteiischer Vorsitzender sein werde, und kündigt dann an, daß die erste Maßnahme, welche der neue Gemeinderat zu beschließen haben werde, eine Verdoppelung des Straßenbahntarifes (!) sei, der große Erhöhungen (!) der Preise für Gas und elektrischen Strom folgen müßten. Dem politischen Unfug müsse die soziale Umwälzung folgen. Die Gemeinde müsse Herrin von Grund und Boden werden, sie habe allen Bewohnern ein entsprechendes Heim zu schaffen, den Verkehr auszugestalten und müsse einen entschüssenden Einfluß auf die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln gewinnen. Die Siechen und Kranken, die „unglücklichen Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ dürfen keine mütterliche Behandlung erfahren. Es sei aber nicht, sagt der Bürgermeister weiter, seine Absicht, trügerische Hoffnungen zu erwecken. Unter den „Versäumnissen von Jahrzehnten“ — von den Schöpfungen der Christlichsozialen weiß er gar nichts! und den Verwüstungen des Krieges würde die Bevölkerung noch geraume Zeit zu leiden haben. Wir wollen die zweite Hauptstadt der deutschen Republik werden.

H. Neumann legt dann vor dem versammelten Gemeinderat das Gelöbnis ab.

Die Wahl der Vizebürgermeister und des Stadtrates.

Sodann wurden der Christlichsoziale **Franz Hof** und die Sozialdemokraten **Georg Emmerling** und **Max Winter** zu Vizebürgermeistern gewählt. Die Gewählten erklärten die Wahl anzunehmen und nach Kräften der Allgemeinheit in der Gemeinde zu dienen. Sie leisten ebenfalls die Angelobung.

Bei der Wahl zu Schriftführern wurden die Gemeinderäte **Marie Wolf**, **August Forstner**, **Franz Huber**, **Anton Jamschil**, **Julius Jorda**, **Hans Waldsam** und **Gabriele Walter** auf ein Jahr gewählt.

Bei der Wahl für den Stadtrat werden gewählt: **Andwig Biber**, **Josef Bombal**, **Hugo Brodner**, **Joh. A. Breuer**, **Anton David**, **Dr. Heinrich Grün**, **Michael Adl**, **Franz Gaidner**, **Josef Helmman**, **Heinrich Jirin**, **Dr. Viktor Kienböck**, **Joh. Rörber**, **Quirin Kofrda**, **Julius Binder**, **Josef Müller**, **Rudolf Müller** (17. Bezirk), **Karl Richter**, **Karl Hummelhardt**, **Dr. Gustav Schou**, **Jng. Heinrich Schmid**, **Johann Schirf**, **Amalie Seidel**, **Dr. Alma Seich**, **Franz Siegel**, **Bohumir Stroitel** (Tscheche), **Paul Speier**, **Alexander Tandler**, **Karl Baumgoin**, **Karl Weigel** und **Dr. Fritz Winter**.

Die Antwort der Christlichsozialen.

Dr. Kunschak gibt dann namens der Christlichsozialen folgende Erklärung ab: Fast ein Vierteljahrhundert ist es her, daß ein ähnliches Ereignis wie heute die Übernahme der Wiener Gemeindeverwaltung durch die Christlichsoziale Partei, Gegenstand allseitigen Interesses gewesen war. Die Zeitspanne, die seit diesem Tage abgelaufen ist, umschließt die Periode des Aufstieges der Stadt Wien zur Weltstadt. Er gedenkt mit stolzer Genugtuung der Arbeit, welche die christlichsoziale Partei in diesem Zeitraum geleistet hat, und ihrer Erfolge. Die Gemeinde Wien ist unter christlichsozialer Verwaltung schon seit dem Jahre 1895 dem Sozialisierungsgedanken nähergetreten; sie begann diese ihre Arbeit mit dem Kampfe gegen die englische Gasgesellschaft, die Licht- und Kraftversorgung durch Gas und Elektrizität ist zwar ohne Kommunalisierungsgesetz, aber dennoch in glücklicher Weise kommunalisiert worden, ebenso auch das Straßenbahnwesen. Der Nationalversammlung liegt ein Gesetz, betreffend die Errichtung von gemeinwirtschaftlichen Gesellschaften und Anstalten vor, unsere Partei hat lange vorher schon diese neue Wirtschaftsform praktisch in die Gemeindeverwaltung eingegliedert; die Vorwaller-Mühle und die Kohlenbergbauunternehmung in Döblich sind Marksteine auf diesem Wege. Bestern hat der Direktor des Staatskanzlers namens der Regierung verkündet, daß der Kohlenbergbau sozialisiert werden wird. Die Stadt Wien hat in dem schrecklichen Winter, der hinter uns liegt, schäßen gelernt, den Wert des städtischen Kohlenbergbaues in Billingsdorf, der uns vor der Errichtung des Straßenbahnverkehrs bewahrt hat. In seiner Antrittsrede hat der neue Landeshauptmann von Niederösterreich die Kommunalisierung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung gefordert; wir übergeben ihnen die bereits bis zum paritätisch verwalteten Arbeitsamt ausgebaute städtische Arbeits- und Dienstvermittlung. Auch in diesem Punkte hat die christlichsoziale Gemeindeverwaltung das moderne Programm des Tages hinter den in der Wiener Gemeindeverwaltung geschaffenen Tatsachen nach. Alle diese Sozialisierungsmaßnahmen der Gemeinde mußten im Kampfe durchgeführt werden. Wo immer die Tätigkeit der neuen Mehrheit einsehen wird, um den durch den Krieg ins Maßlose gesteigerten Bedürfnissen Rechnung zu tragen, überall und immer wird sie auf

Die tragfähigen Grundlagen und wertvollen Vorarbeiten

stößen, die durch die Umsicht und Tatkraft der bisherigen Christlichsozialen Gemeindeverwaltung geschaffen worden sind. Die Christlichsoziale Gemeindeverwaltung hat zum Zwecke der Sicherstellung der beiden wichtigsten Elemente — reine Luft und gesundes Wasser — durch Schaffung von zahlreichen Anlagen, des Wald- und Wiesengürtels und der zweiten Hochquellenleitung — das Menschenmögliche geleistet und in letzterer Beziehung auf Jahrzehnte hinaus gesorgt. Von den Christlichsozialen wurden auch nicht die Angestellten der Gemeinde vergessen. Die Tatsache, daß der Wiener Gemeindebeamte in jeder Beziehung besser gestellt erscheint, als sein Kollege in der Staatsverwaltung, ist unter christlichsozialer Herrschaft zur Wahrheit geworden, wie auch wir mit der Schande aufgeräumt haben, daß Tausende städtischer Angestellter, unter Berufung auf den Mangel gesetzlicher Vorschriften ohne Anspruch auf Krankenversicherung und Altersversorgung ihren Dienst zu leisten hatten. Daß wir die materielle Bedürfnisse der Schule und ihrer Organe unter weitestem Reduzieren der Ausgaben getradet haben, kann auch die leidenschaftlichste Kritik nicht bestreiten; daß wir an der durch das Reich-Volksschulgesetz festgelegten Verpflichtung der Schule zu sittlicher, religiöser Erziehung der Kinder festgehalten haben, kann man uns nur vom Standpunkte einer anderen Weltanschauung zum Vorwurfe machen, der uns aber auch in aller Zukunft nicht abhalten wird, der Anschauung treu zu bleiben, daß nur ein durch die Auswirkungen der religiösen Charakterbildung zur höchsten Entfaltung seiner sittlichen Kräfte befähigtes Volk die Vorbedingungen waren und dauerndes Glückes in sich trägt. Was unser Verhalten in der Wahlrechtsfrage anlangt, so verweise ich auf die gesetzlichen Bestimmungen zur Zeit des Eintrittes unserer Partei in den Ge-